

# Eltern sehen viel Klärungsbedarf

Neue Satzung der Stadt Kirchheim für Kindergärten und -tagesstätten stößt auf Widerstand

Die Stadt Kirchheim hat Nägel mit Köpfen gemacht, was Kindergärten und Kindertagesstätten betrifft: Die Gebühren hat sie erhöht und die Angebotsvielfalt reduziert. So weit, so nachvollziehbar – aus Sicht der Stadt. Allerdings haben die Eltern naturgemäß eine andere Sicht der Dinge. Eine Einigung, mit der beide Seiten zufrieden wären, ist derzeit nicht in Sicht.

ANDREAS VOLZ

Kirchheim. Zum 1. April – und das war alles andere als ein Scherz – ist die aktuelle Satzungsänderung in Kirchheim gültig geworden. Für die Eltern hat das ganz unterschiedliche Auswirkungen. Matthias Bremer, der Gesamtelternbeiratsvorsitzende der Kindertageseinrichtungen, spricht deshalb von einem „sehr komplexen Thema“. Matthias Bremer legt Wert darauf, dass es den Eltern nicht um Kleinigkeiten oder „Drei Euro fuffzig“ geht, sondern um „die großen strategischen Überlegungen“. Schade findet er es, „dass wir uns da nicht so einbringen konnten“. Die neue Satzung erschwere für viele Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gefordert werde immer mehr Flexibilität und Mobilität – was er durch die neuen Betreuungsregelungen aber konterkariert sieht.

Der Reihe nach: Die neue Satzung sieht vor, das gebührenfreie Kindergartenjahr im vierten Lebensjahr weitgehend wieder abzuschaffen. Zusätzlich werden die Gebühren erhöht – in zwei Stufen um je drei Prozent. Die Module, die zuvor allen möglichen individuellen Bedürfnissen angepasst waren, sind auf sechs Module reduziert: für 30, 35, 38, 42, 46 und 50 Stunden pro Woche, mit entsprechend angepassten Öffnungszeiten. Die Zahl der Mittagessen ist den Modulen fest zugeordnet. Ein weiterer Punkt: Die verbindliche Buchung einzelner Module muss jetzt für sechs Monate anstatt wie bisher für drei Monate erfolgen.

Matthias Bremer hätte für die Eltern mehr Gesprächsbedarf im Vor-



Kinderbetreuung ist eine wichtige und wertvolle Arbeit, daran zweifelt weder die Stadt Kirchheim noch der Gesamtelternbeirat. Unterschiedliche Ansichten gibt es allerdings bei der Höhe der Gebühren und bei der Zahl der unterschiedlichen Betreuungsmodulen. Archiv-Foto: Jean-Luc Jacques

feld gesehen. Außerdem fühlen sich die Eltern quasi überfahren, weil die neue Satzung zu kurzfristig umgesetzt worden sei: „Einige mussten jetzt zu Notlösungen greifen, für die meisten aber ist ein Stück Planungssicherheit weggebrochen.“ Auch die Gesamtzahl an Änderungen ist den Eltern zu hoch: „Das ist wie mit den Dominosteinen. Da fällt nicht nur einer, da fallen gleich ganz viele.“

Grundsätzlich seien die Eltern daran interessiert, dass Harmonie zwischen ihnen und dem Träger der Tageseinrichtung herrscht. Nun aber sehe es ganz anders aus: „Friede, Freude, Eierkuchen gibt es aktuell

nicht.“ Die einzigen, die volles Verständnis der Eltern finden, sind die Erzieherinnen: „Die leisten eine tolle Arbeit und haben es auf jeden Fall verdient, besser bezahlt zu werden.“

Die gesteigerten Personalkosten wiederum hätten mit der Gebührenerhöhung überhaupt nichts zu tun, betont Oberbürgermeisterin Angelika Matt-Heidecker auf Nachfrage: „Der Gemeinderat hat die Beitragserhöhung im Dezember beschlossen – ausgehend von den gemeinsamen Empfehlungen der Kirchen und der Kommunalen Landesverbände.“ Die Stadt habe diese Empfehlungen erst verzögert umgesetzt, ohne dass der

Kostendeckungsgrad dadurch erhöht werde: „Mit den Gebühren der Eltern decken wir gerade mal 7,3 Prozent der Gesamtkosten.“

Die Reduzierung der Module und sonstiger Wahlmöglichkeiten diene dazu, den immensen Verwaltungsaufwand einzudämmen, den die Berücksichtigung allzu individueller Wünsche mit sich brächte: „Wir müssen unsere Ausgaben in den Griff kriegen.“ Wenn bei den ermäßigten Gebühren für kinderreiche Familien nur noch Kinder gezählt werden, die noch keine 18 Jahre alt sind, dürfte das wohl auch nur wenige Familien wirklich betreffen. Einkommensabhängige Reduzie-

rungen gebe es immer noch. Nach wie vor gehe das aber nicht automatisch: „Das muss eben beantragt und nachgewiesen werden.“ Was das kostenfreie erste Kindergartenjahr im vierten Lebensjahr betrifft, sagt die Oberbürgermeisterin: „Für Familien, deren Bruttoeinkommen unter 3000 Euro im Monat liegt, gilt das weiterhin.“

Der Gesamtelternbeirat habe ihr gesagt, die Stadt solle besser die Grundsteuer erhöhen als die Kindergartengebühren, „dann zahlen es alle“. – Bei diesem Vorschlag dürfte es aber ebenfalls Widerstand geben, wenn auch nicht von Seiten eines „Gesamtgrundsteuerzahlerbeirats“.